



**BLEIBERECHT.** Ein eigenes Einkommen, eine Wohnung oder zumindest einen Paten – das verlangt der Staat von allen ehemaligen AsylwerberInnen, die das neue Bleiberecht erhalten wollen. Der Haken daran: Seit Jahren drängt derselbe Staat die Menschen aus dem Arbeitsmarkt.

Text und Foto: Christian Maier

## „Es geht in die falsche Richtung“

Die ÖVP-Innenministerin spricht von einem goldenen Mittelweg zwischen rechten und linken Anliegen. Der SPÖ-Sicherheits Sprecher von einer rechtsstaatlichen und humanen Lösung. Doch Livinus Nwoha, Leiter des interkulturellen Vereins Ikemba, empfindet anders, wenn er an das im März beschlossene Bleiberecht denkt. „Dieses Gesetz verunsichert die Menschen, weil es neue Unklarheiten schafft. Es geht in die falsche Richtung.“ Dutzende Anfragen haben er und seine MitarbeiterInnen in den vergangenen Tagen erhalten. Die Betroffenen wollten dabei vor allem wissen, wie die komplizierte neue Regelung eigentlich zu verstehen sei. Denn statt allen ehemaligen AsylwerberInnen, die seit 30. April 2004 in Österreich leben, ein Antragsrecht einzuräumen, schafft das Gesetz neue Schikanen. So dürfen Betroffene, die keinen Paten finden, etwa nur dann ein

Bleiberecht beantragen, wenn sie über Wohnung, Einkommen und Krankenversicherung verfügen. Mit dieser Bestimmung werden viele ehemalige AsylwerberInnen also vor eine kaum überwindbare Hürde gestellt. Denn derselbe Staat, der sie seit 2004 systematisch aus dem Arbeitsmarkt drängt, verlangt nun von ihnen, ein eigenes Einkommen nachzuweisen. Livinus Nwoha, der vor 17 Jahren selbst als Asylwerber nach Österreich gekommen ist, ärgert das. Er kritisiert, dass der Staat von den Betroffenen verlangt, sich perfekt zu integrieren, ohne geeignete Bedingungen dafür zu schaffen. Neben der Möglichkeit zu arbeiten fehlen nämlich auch Deutschkurse und Beratungsangebote. „In Kanada bekommt jeder Flüchtling vom Staat zunächst ein Willkommenspaket und danach wird geschaut, wie er sich am besten in die Gesellschaft eingliedern kann. Warum gibt es das

nicht in Österreich?“ Ein Grund dafür ist sicher, dass die Politik noch immer die Begriffe Sicherheits- und Integrationspolitik verwechselt. So liegt auch die Verantwortung, ob ein humani-

*„Österreich sollte sich endlich der Tatsache stellen, dass es ein Einwanderungsland ist. Und klare, verständliche Gesetze schaffen.“*

täres Bleiberecht gewährt wird, bei der Innenministerin. Livinus Nwoha würde sie aber lieber in den Händen eines neu eingerichteten Integrationsstaatssekretariats sehen. „Österreich sollte sich endlich der Tatsache stellen, dass es ein Einwanderungsland ist. Und diesbezüglich klare, verständliche Gesetze schaffen.“

### INFO

Initiative Bleiberecht:  
nächstes Treffen am  
14. April um 18:30 Uhr,  
Pestalozzistraße 59,  
2. Stock, Zebra-Büro.

### FALLBEISPIEL

Die aktuelle Fallgeschichte betrifft einen Afrikaner, Alter Mitte vierzig. Er kam 1991 nach Österreich. Im Jahr 2000 – also nach neun Jahren – wurde das Asylverfahren in letzter Instanz endgültig negativ entschieden. Kurz zuvor hatte er aber eine Arbeitserlaubnis bis Februar 2006 erhalten. So etwas wäre heute auf Grund der Rechtslage nicht möglich, aber damals ging es – nicht zuletzt deshalb, weil seine Arbeitskraft in einem steirischen Industriebetrieb nutzbringend Verwendung fand. Und dort arbeitete er auch völlig unbehel-

ligt bis Februar 2006. Obwohl bereits 2004 (!) ein Ausweisungsbescheid rechtskräftig wurde, tat ihm niemand was. Als allerdings im Februar 2006 die Arbeitserlaubnis ablief, wurde er gekündigt. Eine Verlängerung der Arbeitserlaubnis kam wegen der faktischen Illegalität seines Daseins natürlich nicht in Frage. Aber auch Arbeitslosengeld wurde nachweislich keines ausbezahlt, obwohl ein Anspruch bestanden hätte. Ein Antrag auf Staatsbürgerschaft war bereits im Oktober 2005 abgelehnt worden (nach immerhin 14 Jahren un-

bescholtenen und legalen Aufenthalts in Österreich); unser „Fall“ lebt seit spätestens Februar 2006 völlig illegal in Österreich: er ist weder krank- noch sonstwie versichert. Er könnte von sich aus nicht in legale Verhältnisse zurückkehren, lebt von Gelegenheitsjobs und der Unterstützung durch FreundInnen. Da die Zukunftsperspektiven im Heimatland noch wesentlich aussichtsloser sind als in Österreich, will er nicht heim. Ein Flugticket könnte er sich sowieso nicht leisten.

Wolf Steinhuber ■